

## ÖPP als Milliardengrab durch Geheimverträge

[Speaker 1]

Stell dir mal vor, du findest heraus, dass deine Stadt für die Sanierung der örtlichen Grundschule, also die Schule um die Ecke, effektiv das Doppelte von dem bezahlt, was eigentlich nötig wäre.

[Speaker 2]

Ja, das ist schon mal ein harter **Einstieg**.

[Speaker 1]

Total, oder? Und wenn du dann wissen willst, warum das so ist, stellst du fest, der Vertrag, der deine Kommune dazu zwingt, der liegt in einem streng gesicherten Raum in Berlin. Eingeschlossen.

Genau, weggeschlossen. Ein Raum, in dem nicht einmal gewählte Parlamentarier eigene Notizen machen dürfen. Das klingt wirklich nach dem Plot für so einen mittelmäßigen Wirtschaftsdriller.

[Speaker 2]

Ist aber leider die nüchterne Realität der deutschen Infrastrukturplanung.

[Speaker 1]

Exakt, und genau da tauchen wir heute in unsere Analyse tief ein. Wir schauen uns sogenannte öffentlich-private Partnerschaften an, kurz ÖPP.

[Speaker 2]

Ein sehr präsent Thema.

[Speaker 1]

Absolut. Roland Kirbach hat das System dahinter in einer sehr, sehr umfassenden Recherche für die Zeit komplett zerlegt. Und er beleuchtet eine Praxis, die in den letzten, naja, zwei Jahrzehnten als die absolute Wunderwaffe gegen bröckelnde Brücken und leere Kassen **gepriesen** wurde.

[Speaker 2]

Die sich aber, und das zeigen die Berichte diverser Rechnungshöfe ganz deutlich, zunehmend als finanzielles schwarzes Loch **entpuppt**.

[Speaker 1]

Also lass uns das mal aufschlüsseln. Wie funktioniert diese angebliche Wunderwaffe überhaupt?

[Speaker 2]

Also der Kern dieses Modells, der **beruht auf** einem eigentlich faszinierenden Versprechen. Der Staat sagt quasi, wir haben kein Geld für große Investitionen. Also lagern wir Planung, Bau und Betrieb, sagen wir mal von einer Autobahn oder einer Klinik, komplett an ein privates Firmenkonsortium aus.

[Speaker 1]

Okay, das heißt, die Privaten machen die ganze Arbeit.

[Speaker 2]

Richtig. Und der Staat agiert dann für die nächsten 20 oder 30 Jahre nur noch als eine Art Mieter. Er zahlt eine feste monatliche Rate.

Das angelsächsische Vorbild nennt sich da Public Private Partnership.

[Speaker 1]

Und die Idee dahinter ist wahrscheinlich, dass die Privaten das einfach besser können, oder?

[Speaker 2]

Genau das ist **die Prämisse**, dass private Baukonzerne und Betreibergesellschaften effizienter wirtschaften, die Risiken besser kalkulieren und den Bau auch schneller abschließen als staatliche Behörden. Das klingt auf dem Papier ja erstmal mega logisch. Soweit die Theorie.

Und das wurde Anfang der 2000er massiv politisch forciert. 2007 gab der damalige Finanzminister Peer Steinbrück sogar die Zielmarke aus, dass künftig 15 Prozent aller öffentlichen Investitionen über solche ÖPP-Modelle laufen sollten.

[Speaker 1]

15 Prozent, das ist massiv. Wie viel Geld war das damals?

[Speaker 2]

Das entsprach einem jährlichen Volumen von rund 6 Milliarden Euro.

[Speaker 1]

Wahnsinn. Und wenn wir uns anschauen, wie diese 6 Milliarden Euro orchestriert werden, landen wir unweigerlich bei der sogenannten Partnerschaften Deutschland ÖPP Deutschland AG. Das ist quasi die Kommandozentrale dieser ganzen Modernisierungswelle.

[Speaker 2]

Genau, die zentrale Beratungsstelle.

[Speaker 1]

Und Kirbach beschreibt die Atmosphäre dort in seinem Artikel ziemlich desillusionierend. Also man stellt sich da ja so gläserne Türme oder Hightech-Innovationszentren vor.

[Speaker 2]

War aber nicht so.

[Speaker 1]

Überhaupt nicht. Eher **triste** Büroflure, verschlossene Türen. Da sitzen dann ein paar Dutzend Berater am Telefon und versuchen Kämmerern und Bürgermeistern draußen im Land diese Modelle schmackhaft zu machen.

[Speaker 2]

Was ja an sich schon ein interessantes Konstrukt ist.

[Speaker 1]

Ja, und was mich beim Lesen noch viel mehr **stutzig** gemacht hat, ist die architektonische Struktur dieser Beratungsgesellschaft. Die ist nämlich halb staatlich, halb privat. Und das spiegelte sich direkt in der Doppelspitze des Vorstands wieder.

[Speaker 2]

Ja, diese personelle Besetzung war in der Tat ein perfektes Abbild dieser Twitter-Struktur. Auf der einen Seite saß Johannes Schui. Der hatte zuvor im Bundesfinanzministerium genau das Referat für Investitionshaushalte geleitet, welches für ÖPP-Konzepte zuständig war.

[Speaker 1]

Okay, also ein Behördenmann. Und der andere?

[Speaker 2]

Sein Co-Vorstand war Bernhard Kulle. Und der kam direkt aus der Führungsebene der freien

Wirtschaft. Genauer gesagt vom Baukonzern Hochtief.

[Speaker 1]

Warte mal, Hochtief? Das ist doch einer der größten Baukonzerne überhaupt. Genau.

[Speaker 2]

Und zufälligerweise auch einer der größten Profiteure und Auftragnehmer bei genau solchen staatlichen Großprojekten.

[Speaker 1]

Also das ist doch irre. Das wirft doch sofort massive rechtliche und ethische Fragen auf. Ich meine, wir haben hier eine staatlich legitimierte Beratungsstelle, die soll Kommunen dabei helfen, die wirtschaftlichste und neutralste Entscheidung zu treffen.

[Speaker 2]

Und der Mann, der diese Beratung steuert, kommt direkt von dem Konzern, der die Aufträge will.

[Speaker 1]

Richtig. Das ist doch als würde mir ein Finanzberater ein total komplexes Anlageprodukt **andrehen** und hinterher erfahre ich, dass er den Fonds quasi selbst im Keller zusammengebastelt hat. Wie rechtfertigt die ÖPP AG das denn?

[Speaker 2]

Die offizielle Lesart ist, dass man genau diese Expertise aus der freien Wirtschaft brauche, um Projekte überhaupt auf Augenhöhe mit den privaten Bietern verhandeln zu können. Man nennt das dann gerne Wissenstransfer.

[Speaker 1]

Wissenstransfer. Ein schönes Wort für Interessenkonflikt.

[Speaker 2]

Köbach merkt in seiner Recherche an, dass Schui für ein Interview erst gar nicht zur Verfügung stand. Und Kulle, naja, erst nach sehr langer Bedenkzeit. Und als das Gespräch dann stattfand, wich Kulle den Details weitgehend aus.

Natürlich. Er wies diesen Vorwurf der Geheimnisgrimmerei als reines Vorurteil zurück. Er berief sich darauf, dass viele der kritischen Fragen schlichtweg Geschäftsgeheimnisse berühren würden.

[Speaker 1]

Und da ist es. Dieses Wort. Geschäftsgeheimnis.

Das ist doch der eigentliche juristische Hebel, mit dem das gesamte System vor jeder externen Überprüfung abgeschirmt wird.

[Speaker 2]

Exakt. Das ist der absolute Kern des Problems.

[Speaker 1]

Lass uns diesen juristischen Schutzwall mal genauer betrachten. Wenn der Staat, sagen wir mal, eine ganz klassische Ausschreibung macht, dann gibt es klare **Vergaberegeln**. Das Parlament kann Budgets einsehen, Rechnungsprüfer können **Belege** kontrollieren.

Alles transparent.

[Speaker 2]

Bei ÖPP-Projekten scheinen diese Transparenzregeln aber komplett **ausgehebelt** zu sein.

[Speaker 1]

Komplett? Es gibt da wohl eine eigens eingerichtete Transparenzplattform im Netz. Die hat die ÖPP AG mal so als Zeichen des guten Willens gestartet.

Aber da findet man nur einen absoluten Bruchteil der Projekte.

[Speaker 2]

Und selbst bei denen ist das meiste geschwärzt.

[Speaker 1]

Ja. Bei den wenigen Verträgen, die da hochgeladen wurden, sind sämtliche relevanten finanziellen Daten, also die **Entgelte**, die Risikoprämien, die Renditeerwartungen, einfach großflächig geschwärzt.

[Speaker 2]

Es gab da diesen bizarren Fall in Celle, den Kürbach erwähnt.

[Speaker 1]

Oh ja, Wahnsinn. Da haben sie im Vertrag sogar den Namen des amtierenden, öffentlich

bekanntem Oberbürgermeister geschwärzt. Den konnte man quasi im Telefonbuch nachschlagen, aber im Vertrag war er ein Staatsgeheimnis.

[Speaker 2]

Das zeigt halt, wie weitreichend dieser Begriff des Geschäftsgeheimnisses hier interpretiert wird. Wenn ein privates Konsortium eine Projektgesellschaft gründet, ein sogenanntes Special Purpose Vehicle, argumentieren die, dass ihre interne Kalkulation proprietäres Wissen ist.

[Speaker 1]

Also die sagen quasi, wenn wir unsere Zahlen zeigen, spioniert uns die Konkurrenz aus.

[Speaker 2]

Richtig. Würden diese Zahlen veröffentlicht, könnten Konkurrenten bei künftigen Ausschreibungen einen unfairen Vorteil erlangen. Und der Staat akzeptiert diese Bedingung einfach, um das Projekt überhaupt privat finanzieren zu können.

[Speaker 1]

Aber die Konsequenz daraus ist doch katastrophal. Damit wird die elementarste Kontrollfunktion einer Demokratie, nämlich die Überwachung der Steuermittel, komplett ausgehebelt.

[Speaker 2]

Und wie extrem diese **Aushebelung** in der Praxis aussieht, das zeigt der Fall von Anton Hofreiter.

[Speaker 1]

Oh, die Geschichte ist wie aus einem Film. Der Grünen-Politiker war damals Vorsitzender des Verkehrs- und Bauausschusses im Bundestag und es ging um ein gigantisches ÖPP-Projekt direkt vor seiner Haustür, den Ausbau der Autobahn A8 bei München.

[Speaker 2]

Er wollte im Rahmen seiner parlamentarischen Aufsichtspflicht die Wirtschaftlichkeitsberechnungen prüfen. Ganz normaler Vorgang eigentlich.

[Speaker 1]

Eigentlich ja. Aber das Verkehrsministerium hat ihm das wochenlang verweigert. Erst nach massivem Druck durfte er die Dokumente überhaupt einsehen.

Und die Umstände, die sind völlig surreal. Er musste dafür in die Geheimschutzstelle des Bundestages.

[Speaker 2]

Ein Raum, der eigentlich für Dokumente der Geheimdienste oder der nationalen Sicherheit vorgesehen ist. Die Regularien dort sind drakonisch.

[Speaker 1]

Er musste sein Handy abgeben, er durfte nur einen Stift und leeres Papier mitnehmen und musste sich schriftlich zur absoluten Verschwiegenheit verpflichten.

[Speaker 2]

Er durfte also die Erkenntnisse aus diesen Akten nicht einmal mit seinen eigenen Fraktionskollegen im Ausschuss teilen.

[Speaker 1]

Genau. Und jetzt kommt die eigentliche Pointe. Als er dann endlich in diesem Hochsicherheitstrakt saß, bekam er nicht mal die vollständigen Originalverträge vorgelegt.

Sondern? Nur zusammenfassende Papiere. Keine echten Verträge.

[Speaker 2]

Hofheiter hat daraufhin vor dem Berliner Verwaltungsgericht geklagt. Er wollte als gewählter Abgeordneter uneingeschränkte Akteneinsicht erzwingen.

[Speaker 1]

Hat er gewonnen.

[Speaker 2]

Formell ja. Das Gericht ordnete die Herausgabe der Papiere an. Aber die Dokumente, die er dann erhielt, die waren an allen entscheidenden Stellen geschwärzt.

[Speaker 1]

Nicht im Ernst?

[Speaker 2]

Doch. Und um diese schwarzen Balken wegzubekommen, hätte er für jede einzelne Zahl, für jeden einzelnen Paragraphen in die nächste juristische Instanz gehen und einen spezifischen Auskunftsanspruch begründen müssen.

[Speaker 1]

Das ist doch für eine Privatperson, selbst für einen Bundestagsabgeordneten, ein finanzielles und zeitliches Fass ohne Boden.

[Speaker 2]

Absolut. Er hat die Klage dann aus Kostengründen auch fallen gelassen. Der Staatsrechtler Professor Jürgen Kühling ordnet das im Artikel sehr präzise ein.

Er sagt, es gibt da eine gefährliche Verschiebung in der Architektur unseres Staates.

[Speaker 1]

Inwiefern?

[Speaker 2]

Wenn Kernaufgaben der Daseinsvorsorge so strukturiert werden, dass sie dem Parlament unter dem Vorwand des Geschäftsgeheimnisses entzogen werden, dann untergräbt das schlichtweg das Budgetrecht des Bundestages. Das Parlament ist die Legislative, es entscheidet über die Finanzen.

[Speaker 1]

Und wenn es die Zahlen nicht kennt, wird es effektiv entmachtet?

[Speaker 2]

Genau das ist der Punkt.

[Speaker 1]

Okay, das führt uns doch zu der zentralen Frage. Warum lässt sich die Politik auf solche Knebelverträge überhaupt ein? Ich meine, die Rechnungshöfe veröffentlichen seit Jahren Berichte, die nachweisen, dass ÖPP-Projekte fast immer teurer sind, als wenn der Staat selbst baut.

[Speaker 2]

Warum unterschreiben Minister und Bürgermeister dann trotzdem weiter?

[Speaker 1]

Ja, das ergibt doch rational gar keinen Sinn.

[Speaker 2]

Die Antwort darauf liefert der Wirtschaftswissenschaftler Holger Mühlenkamp. Er hat die ökonomische Logik von ÖPPs intensiv untersucht. Und seine Analyse zeigt, das primäre Motiv ist selten die tatsächliche finanzielle Ersparnis.

Sondern? Es geht um die Umgehung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse. Es geht um Bilanzkosmetik auf allerhöchstem Niveau.

[Speaker 1]

Ah, wir reden hier also über das Prinzip der Schattenhaushalte. Lass uns das mal aufschlüsseln. Denn hier zerbricht die Illusion der ach so günstigen Lösung komplett.

Wie funktioniert dieser Buchhaltungstrick genau?

[Speaker 2]

Der Mechanismus **beruht auf** der Auslagerung der Kreditaufnahme. Wenn der Staat eine Autobahn ganz normal baut, muss er Anleihen herausgeben, um das Geld zu besorgen. Diese Summe taucht sofort als Neuverschuldung im Haushalt auf und berührt direkt die Schuldenbremse.

[Speaker 1]

Ist also politisch schmerzhaft.

[Speaker 2]

Richtig. Bei einem ÖPP-Modell nimmt jedoch diese private Projektgesellschaft den Kredit bei den Banken auf. Juristisch gesehen sind das also reine Privatschulden eines Unternehmens, keine Staatsschulden.

[Speaker 1]

Aber der Staat bezahlt es doch am Ende trotzdem.

[Speaker 2]

Genau da liegt der Clou. Der Staat schließt einen 30-jährigen Nutzungsvertrag ab und garantiert dieser Projektgesellschaft eine monatliche Verfügbarkeitsgebühr.

[Speaker 1]

Das ist im Grunde wie beim Leasing. Stell dir vor, du leihst ein extrem teures Smartphone für, sagen wir, 30 Jahre. Du bekommst heute das nagelneue Gerät, zahlst keinen Cent Anzahlung,

deine Bankbilanz sieht super aus.

[Speaker 2]

Du hast keine neuen Kredite aufgenommen.

[Speaker 1]

Genau. Aber in 15 Jahren, wenn das Gerät völlig veraltet ist, das Display Risse hat und du laut Vertrag nicht mal den Akku selbst tauschen darfst, zahlst du immer noch jeden Monat diese Premium-Raten an den Leasinggeber. Du manövrierst dich in eine völlig unflexible Kostenfalle, nur für die kurzfristige Liquidität.

[Speaker 2]

Ein sehr treffender Vergleich. Und es kommt noch schlimmer. Im Fall der ÖPPs gibt es einen finanztechnischen Vorgang namens Vorvertierung.

Vorvertierung? Das musst du erklären. Oft verlangen die finanzierenden Banken, dass der Staat auf Einreden verzichtet.

Das bedeutet, selbst wenn die private Baugesellschaft totalen Fusch liefert, das Schwimmbad Baumängel hat oder die Straße sofort Risse bekommt, der Staat muss die Kreditraten an die Bank trotzdem pünktlich weiter bedienen.

[Speaker 1]

Also das Risiko liegt am Ende doch wieder komplett beim Steuerzahler?

[Speaker 2]

Exakt. Die Rechnungshöfe fordern deshalb vehement, dass diese ganzen Verpflichtungen künftiger Generationen vollumfänglich und transparent als Staatsschulden bilanziert werden müssen.

[Speaker 1]

Weil wenn man das tun würde, fiele der Hauptanreiz für die Politiker nämlich, das rote Band durchschneiden zu können, ohne die Schulden in den Büchern zu haben, sofort weg.

[Speaker 2]

Ganz genau. Und diese Intransparenz produziert in der Realität regelrechte Millionengräber. Der Artikel listete eine ganze Reihe von Katastrophen auf.

[Speaker 1]

Oh ja, da sind wilde Sachen dabei. In Trier zum Beispiel sollte das Südbad durch eine ÖPP saniert werden. Das offizielle Ziel der Stadt war es, so 750.000 Euro zu sparen.

[Speaker 2]

Und das Ergebnis?

[Speaker 1]

Am Ende zahlte die Stadt 3,2 Millionen Euro mehr, als wenn sie es selbst gebaut hätten. Und allein die Kosten für die Berater **schossen von** veranschlagten 7.500 Euro auf astronomische 298.000 Euro hoch.

[Speaker 2]

Wahnsinn. Ein anderes Beispiel ist der Bau des Gefängnisses in Burg in Sachsen-Anhalt. Ein Projekt für über 500 Millionen Euro.

Da war die Risikoverteilung so extrem zugunsten der privaten Betreiber formuliert, dass das Land schon im allerersten Betriebsjahr fast eine halbe Million Euro aus Steuermitteln nachschießen musste.

[Speaker 1]

Und wie sie die Berechnungen manipulieren, das ist ja fast schon kriminell. Die Prüfer in Thüringen haben das bei einem Straßenbauprojekt mal aufgedeckt.

[Speaker 2]

Ah, das Beispiel mit der Straße. Um so ein Projekt zu rechtfertigen, muss der Staat ja einen sogenannten Wirtschaftlichkeitsvergleich machen. Er muss berechnen, was es kosten würde, wenn er es selbst baut und das dann mit dem privaten Angebot vergleichen.

[Speaker 1]

Und wie haben sie diese Zahlen frisiert?

[Speaker 2]

Sie haben einfach die Baseline manipuliert. Die Planer haben für die staatliche Vergleichsrechnung absichtlich einen völlig ineffizienten, nicht optimierten Streckenverlauf genommen.

[Speaker 1]

Also eine Route, die man so nie bauen würde.

[Speaker 2]

Genau. Die private Variante durfte jedoch mit einer komplett optimierten Streckenführung rechnen. Man hat also Äpfel mit vergoldeten Birnen verglichen, nur damit das staatliche Modell künstlich teurer aussieht.

[Speaker 1]

Das ist doch absurd. Aber diese ganze Methodik der geschönten Zahlen, die gipfelt ja in dem wohl extremsten Fall der gesamten Recherche, dem Landkreis Offenbach.

[Speaker 2]

Das ist wirklich das Vorzeigeprojekt für das Scheitern dieser Modelle.

[Speaker 1]

Absolut. Wir reden hier nicht über ein isoliertes Schwimmbad oder ein Stück Straße. Der Landkreis hat beschlossen, die Sanierung und den Betrieb von mehr als 90 Schulen komplett an private Konsortien abzugeben.

[Speaker 2]

Ein beispielloser Vorgang in Deutschland.

[Speaker 1]

Es war das absolute Prestigeobjekt der ÖPP-Lobby. Und weißt du, welches Unternehmen da maßgeblich beteiligt war?

[Speaker 2]

Eine Tochtergesellschaft des Hochtiefkonzerns.

[Speaker 1]

Womit sich der Kreis schließt. Denn die verantwortliche Hochtief-Tochter wurde genau in der Phase von Bernward Kulle geleitet.

[Speaker 2]

Dem Mann, der später als Kurvorstand der ÖPP Deutschland AG diese Modelle bundesweit empfehlen sollte. Man kann sich das echt nicht ausdenken.

[Speaker 1]

Und die finanziellen Dimensionen in Offenbach sind **schwindelerregend**. Ursprünglich war das auf 15 Jahre angelegt. Die Kosten lagen kalkuliert bei 780 Millionen Euro.

Also so knapp 52 Millionen im Jahr für den Kreis. Aber laut Kierbachs Recherchen explodierten diese Jahresraten innerhalb kürzester Zeit auf 78 Millionen Euro.

[Speaker 2]

Ein Aufschlag von 50 Prozent? Einfach so?

[Speaker 1]

Gewerkschaftsvertreter haben dann nachgerechnet und gesagt, das gesamte Konstrukt wird den Steuerzahler am Ende weit über eine Milliarde Euro kosten. Da fragt man sich doch, haben die Abgeordneten im Kreistag die Verträge vor der Abstimmung überhaupt gelesen?

[Speaker 2]

Das ist vielleicht das faszinierendste Detail an der Offenbach-Geschichte. Es demonstriert perfekt die Macht der Informationsasymmetrie.

[Speaker 1]

Erzähl.

[Speaker 2]

Das Vertragswerk für diese 90 Schulen war so gigantisch, dass die Verwaltung ein komplettes Büro im Landratsamt leerräumen musste, nur um die tausenden Aktenordner auf Tischen auszulegen.

[Speaker 1]

Tausende Ordner.

[Speaker 2]

Und die gewählten Kreistagsabgeordneten hatten dann ein Zeitfenster von nur zwei Wochen, um sich durch dieses Labyrinth zu graben.

[Speaker 1]

Aber sie konnten sich da nicht einfach in Ruhe reinsetzen und blättern, oder?

[Speaker 2]

Nein, die Berater haben da eine psychologische **Hürde** eingebaut, die ist geradezu brillant **perfide**.

[Speaker 1]

Wenn da so ein ehrenamtlicher Abgeordneter reinkam, der ja hauptberuflich vielleicht Lehrer oder Handwerker ist, saß da permanent ein Vertreter des privaten Konsortiums am Tisch.

[Speaker 2]

Und der fragte dann ganz freundlich, guten Tag, welchen spezifischen Vertragszusatz aus welchem Ordner möchten Sie denn genau einsehen?

[Speaker 1]

Das ist pure Einschüchterung. Wenn du da als Laie vor einer Wand aus Akten stehst und ein hochbezahlter Jurist verlangt von dir, präzise zu benennen, wo du nach Kostenfallen suchst, da kapitulierst du doch sofort.

[Speaker 2]

Und genau das ist passiert. Fast niemand hat die Verträge im Detail gelesen. Sie haben unter dem Druck des Sanierungsstaus einfach zugestimmt.

[Speaker 1]

Und dann traf diese vertragliche Starre auf die knallharte Realität. Das ist ja das Kernproblem bei solchen Langzeitverträgen. In Offenbach sanken durch den demografischen Wandel plötzlich die Schülerzahlen.

Gleichzeitig brauchte man mehr Ganztagschulen.

[Speaker 2]

Und die Digitalisierung kam dazu. Überall standen Computer, die Stromkosten schossen in die Höhe. Die Verträge waren aber nicht agil genug, um solche Veränderungen **abzufedern**.

[Speaker 1]

Das Resultat ist völlig paradox. Der Landkreis musste für Leistungen zahlen, die er teilweise gar nicht mehr brauchte. Fünf der für Millionenbeträge frisch sanierten Schulen standen am Ende komplett leer.

Keine Schüler da, aber die Rechnung musste der Steuerzahler trotzdem bezahlen.

[Speaker 2]

Aber, und das ist die gute Nachricht, angesichts dieser erdrückenden Beweislast, beginnt die politische Front langsam zu bröckeln.

[Speaker 1]

Ja, einige ziehen die Reißleine. Brandenburg hat einen kompletten Stopp für neue ÖPP-Projekte verkündet. In Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg wurden gigantische Autobahnausbauten blockiert.

[Speaker 2]

Und die Stadt Frankfurt hat in letzter Minute einen 500-Millionen-Deal für 170 Brücken gestoppt, um sich, Zitat, nicht für sehr lange Zeit die Hände zu binden.

[Speaker 1]

Noch gravierender ist aber das Signal aus dem Ausland. Großbritannien, immerhin das Ursprungsland dieser Modelle, vollzieht gerade eine massive Kehrtwende.

[Speaker 2]

Der Haushaltsausschuss des britischen Parlaments hat einen Bericht veröffentlicht, der unsere Rechnungshöfe in allem bestätigt. Das Modell war in erster Linie ein Vehikel zur Verschleierung von Staatsverschuldung.

[Speaker 1]

Und hier schließt sich der Kreis zu Anton Hofreiter, der ja im Geheimraum saß. Er hat nach diesen Entwicklungen in England eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt.

[Speaker 2]

Er wollte wissen, welche Schlussfolgerungen Berlin aus dem britischen Desaster zieht.

[Speaker 1]

Seine Fragen waren total präzise. Was lernt man daraus, dass das Modell der Schuldenumgehung dient? Welche Konsequenzen zieht man aus der fehlenden Ersparnis?

Und die offizielle schriftliche Antwort der Bundesregierung bestand aus einem einzigen Wort.

[Speaker 2]

Keine?

[Speaker 1]

Keine. Das ist schon keine Ignoranz mehr. Das ist eine knallharte politische Entscheidung.

[Speaker 2]

Wenn wir diese gesamte Recherche mal **synthetisieren**, müssen wir uns von der vereinfachten Vorstellung lösen, dass hier einfach nur eine böse Privatwirtschaft einen unschuldigen Staat ausbeutet. Okay, wie meinst du das? Die Anreizstrukturen auf beiden Seiten sind toxisch.

Die privaten Firmen agieren nach den Regeln des Marktes. Sie sichern ihre Renditen ab und lagern Risiken auf den Staat aus. Das eigentliche Versagen liegt aber in der Struktur der staatlichen Entscheidungsfindung.

[Speaker 1]

Weil der politische Zyklus von vier Jahren völlig entkoppelt ist von den Schulden, die in 20 Jahren fällig werden.

[Speaker 2]

Korrekt. Unter dem Druck der Schuldenbremse sind Politiker hochgradig anfällig für Modelle, die ihnen sofortige Infrastrukturprojekte versprechen, ohne dass sie die Kredite heute ausweisen müssen. Sie kaufen sich den Erfolg in der Gegenwart mit Blankoschecks für die Zukunft.

[Speaker 1]

Und das Geschäftsgeheimnis schützt das Ganze vor kritischer Transparenz.

[Speaker 2]

Ganz genau.

[Speaker 1]

Das ist eine düstere Erkenntnis. Fassen wir zusammen. ÖPPs sind oft keine Innovation der Effizienz, sondern komplexe Finanzvehikel, die öffentliche Risiken teuer versichern, demokratische Kontrolle aushebeln und als Schattenhaushalte fungieren.

[Speaker 2]

So kann man das sehr gut **auf den Punkt bringen**.

[Speaker 1]

Ich danke dir für diese detaillierte Analyse der rechtlichen und finanziellen Mechaniken. Und für dich, der uns gerade zuhört, möchte ich diese Analyse mit einem Gedanken beenden, der weit über das nächste geschlossene Schwimmbad hinausgeht.

[Speaker 2]

Oh, da bin ich gespannt.

[Speaker 1]

Überleg mal. Wenn unser System es zulässt, dass politische Entscheider gewaltige finanzielle Lasten völlig unsichtbar in die Zukunft verschieben können. Wenn der politische Schmerz, für etwas bezahlen zu müssen, komplett von dem triumphalen Moment des Banddurchschneidens entkoppelt ist.

Wer trägt dann in unserer Demokratie eigentlich noch die echte, spürbare Verantwortung für die Welt von morgen? Denk mal drüber nach.